

# BERLINER AUSBLICKE

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als  
kommunalpolitische Herausforderungen

Projekt: »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen  
Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse«

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V. (VDK) Chausseestraße 29 / 10115 Berlin / T 030. 240 45 430 / F 030. 240 45 319 / M info@vdk-berlin.de

V.I.S.D.P. Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

REDAKTION Karl vom Böckel, Vera Henßler, Yves Müller, Ulrich Overdieck, Mathias Wörsching

LEKTORAT Frank Engster

LAYOUT Novamondo Design / [www.novamondo.de](http://www.novamondo.de)

DRUCK 1. AUFLAGE 1.200 Exemplare, Druckteam Berlin / [www.druckteam-berlin.de](http://www.druckteam-berlin.de)

BILDNACHWEISE Die Bildrechte liegen, soweit nicht anders angegeben, beim VDK e.V. / Bild S.09 Theo Schneider. Alle Rechte bleiben bei den Fotograf/innen.

BILDBESCHREIBUNG Titelbild: Blick auf das Rathaus Pankow. / S.02: Ausblick vom Rathaus Treptow. / S.04: Blick auf das Rathaus Lichtenberg. / S.07: Werkstattgespräch mit Kommunalpolitiker/innen im November 2010. / S.09: Rechtsextreme beobachten per Bildschirmübertragung das Geschehen während der Bürgerfragestunde der BVV Treptow-Köpenick am 26.08.2010. / S.10: Ausblick vom Freizeitforum Marzahn, in dem die dortige BVV tagt. / S.13: Ausblick vom Rathaus Neukölln.

COPYRIGHT Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird Ihnen für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur in nicht-kommerziellen Publikationen bei Angabe der Quelle sowie Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Bitte senden Sie uns im Fall der Weiterverarbeitung in anderen Dokumenten vorab die entsprechenden Passagen zur Autorisierung zu. Die Weiterverwendung in kommerziellen, insbesondere mehrwertsteuerpflichtigen Publikationen bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen/verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Entsprechende Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte für eine Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir entsprechende Links umgehend entfernen.

BERLIN, IM DEZEMBER 2010



Liebe Leserinnen und Leser,

seit nunmehr vier Jahren versuchen rechtsextreme Mandatsträger/innen, die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen als Bühnen für ihre rechtsextreme und rassistische Agitation, als Lehrwerkstätten sowie als Informationsquellen zu nutzen. Doch mittlerweile kann resümiert werden: Der Konsens aller Demokrat/innen, sich immer wieder öffentlich wahrnehmbar gegen rechtsextreme und antidemokratische Ideologien zu positionieren und sich im Arbeitsalltag konsequent von den Rechtsextremen abzugrenzen, erweist sich als erfolgreiche Strategie.

Die aktuelle Wahlperiode neigt sich ihrem Ende zu, und die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen im September 2011 rücken näher. Es muss daher nun darum gehen, bewährte Handlungsstrategien, aber auch Herausforderungen im Umgang mit den rechtsextremen Verordneten aus den vier Berliner Bezirksverordnetenversammlungen zu resümieren. Im Anschluss an die zwei vorangegangenen Publikationen 2008 und 2009 werden in der vorliegenden Broschüre daher die wesentlichen Entwicklungen des vergangenen Jahres kurz mit dem Ziel dokumentiert, auf diesem Erfahrungswissen aufzubauen. Zugleich möchte die Publikation den Blick nach vorn richten, nämlich auf die zu erwartenden Wahlkampf Bemühungen der rechtsextremen NPD, auf ihr Potenzial sowie auf die neuen rechtspopulistischen, anti-muslimischen Akteure Pro Berlin und Die Freiheit.

Betrachtet man die jüngste Studie der Friedrich Ebert Stiftung mit dem Titel »Die Mitte in der Krise«, so stellen auch diese rechtspopulistischen Parteien eine Gefahr dar, vielleicht sogar eine noch größere als die NPD. Nach Ansicht der Autoren der Langzeitstudie zeigen die Ergebnisse einen Anstieg der antidemokratischen und rassistischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft. Das wurde auch in der sogenannten »Sarrazin-Debatte« deutlich. Die Debatte zeigte die politische Brisanz von muslimfeindlichem Populismus und die Gefährlichkeit eben jener Parteien, die soziale und politische Probleme aufgreifen und mit einem antimuslimischen Rassismus besetzen. Gerade der antimuslimische Rassismus bildet anscheinend den Kitt zwischen Rechtsextremisten, Rechtspopulisten und der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Ich möchte im Namen des VDK e.V. und des Projekts den demokratischen Kommunalpolitiker/innen Berlins für ihre vielfältige Unterstützung und ihr kontinuierliches Engagement danken. Wenn die aktuelle Publikation Anregungen geben kann, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien zu verstetigen, und wenn sie zu nachhaltigen demokratischen Handlungsstrategien inspiriert, z. B. auch im Umgang mit dem Rechtspopulismus – dann hat sie ihren Zweck erfüllt.

BIANCA KLOSE Geschäftsführerin VDK e.V.



---

## DIE NPD BERLIN — BILANZ UND AUSBLICK

Das Jahr 2009 war für den Berliner Landesverband der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) ein verlorenes Jahr. Etliche Mitglieder verließen im Streit die Partei. Jörg Hänel war mit seiner Aufgabe als Landesvorsitzender überfordert. Das hatte zur Folge, dass er im Februar 2010 durch den aus Franken kommenden Uwe Meenen abgelöst wurde. Um weiteren internen Streitigkeiten vorzubeugen, bemüht sich die NPD mit dem neu gewählten Landesvorstand, die verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei zu bündeln. So sitzt nun der ehemalige Landesvorsitzende Eckart Bräuniger im Vorstand, genau wie sein Nachfolger Hänel, dazu kommen Dietmar Tönhardt, ehemaliger Vorsitzender der Berliner DVU, sowie Sebastian Schmidtke, der die »Freien Kräfte Berlin« an die Partei binden soll und am 1. Mai 2010 als Anmelder der rechtsextremen Demonstration fungierte. Mit Meenen möchte die NPD »in Berlin neue Themenfelder und Bevölkerungsschichten erreichen«<sup>1</sup> – bislang ohne Erfolg.

Neben zwei Saalveranstaltungen in Neukölln am 8. Mai sowie am 17. Juni 2010, letztere mit Udo Pastörs (NPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag Mecklenburg-Vorpommern), fand am 18. Septem-

ber am S-Bahnhof Schöneweide eine Kundgebung mit Konzert unter dem Motto »Überfremdungsgesetz stoppen« statt. Die Ausrichtung des Konzerts mit neonazistischen Rockbands und einem Publikum von etwa 200 Personen aus dem Neonazispektrum zeigte deutlich, dass auch der neue Landesverband es nicht vermochte, mit seiner rassistischen Mobilisierung gegen das sogenannte Integrationsgesetz neue Wähler/innenschichten zu erreichen.

Unter den Kreisverbänden der NPD Berlin entfaltet lediglich derjenige in Lichtenberg mit Manuela Tönhardt an der Spitze erwähnenswerte eigene Aktivitäten. Neben einem regen Parteileben organisiert der Kreisverband Lichtenberg gelegentlich Informationsstände im Bezirk, über die dann auf der Homepage des Verbands ausführlich berichtet wird. Auch im Süden Neuköllns und in Pankow fanden von der NPD und aktionsorientierten Rechtsextremen getragene Verteilaktionen von Propagandamaterial statt. Mit Beginn des Wahlkampfes 2011 ist mit einer Zunahme von Informationsständen zu rechnen, schließlich wähnt sich die NPD »auf dem Weg ins Berliner Abgeordnetenhaus«.<sup>2</sup> Dabei wird sich die Partei weiterhin des Themas »Überfremdung« annehmen. Unter dem Motto »Es wurde deutlich: die NPD ist das Original, Sarrazin die Fälschung«<sup>3</sup> versucht sie, den befürchteten Stimmenverlusten durch neue rechtspopulistische Parteien zu begegnen und die Meinungsführerschaft in einem für sie identitätsstiftenden Themengebiet, der »Ausländerfrage«, zu behalten. Es wird für die NPD insbesondere darauf ankommen, ihr rechtsextremes Profil gegenüber dieser rechtspopulistischen Konkurrenz zu schärfen.

#### **ALS VERTIEFENDE LEKTÜRE ZUR KOMMUNALPOLITIK DER NPD EMPFEHLEN WIR FOLGENDE PUBLIKATIONEN:**

Begrich, Pascal / Weber, Thomas / Roth, Roland: Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung, Magdeburg 2010

—  
Botsch, Gideon / Kopke, Christoph: Die NPD und ihr Milieu, Münster / Ulm 2009

—  
Hafeneger, Benno / Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten – Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2007

—  
NiP-Redaktionskollektiv / Heinrich-Böll-Stiftung / weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hrsg.): Die NPD im sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008, Schriften zur Demokratie, Dresden 2008

—  
Röpke, Andrea / Speit, Andreas (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008

—  
Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.): »In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden«, Berlin 2009

- 1 »Neuer Landesvorstand für Berlin«, Pressemitteilung der NPD vom 06.02.2010 ([www.npd-berlin.de/?p=62](http://www.npd-berlin.de/?p=62) – 12.10.2010).
- 2 »Die Alternative für Berlin«, Verlautbarung der NPD vom 30.01.2010 ([www.npd-berlin.de/?p=65](http://www.npd-berlin.de/?p=65) – 12.10.2010).
- 3 »Erfolgreiche Kundgebung in Schöneweide«, Verlautbarung der NPD vom 23.09.2010 ([www.ueberfremdung-stoppen.de/erfolgreiche-kundgebung-in-schoneweide/74](http://www.ueberfremdung-stoppen.de/erfolgreiche-kundgebung-in-schoneweide/74) – 01.11.2010).



---

## RECHTSEXTREME BEZIRKSVERORDNETE IM JAHR 2010 — THEMEN UND STRATEGIEN

Seit nunmehr vier Jahren sind Abgeordnete der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der Deutschen Volksunion (DVU) sowie der Republikaner (REP)<sup>4</sup> in den Bezirksverordnetenversammlungen von fünf Berliner Bezirken vertreten. Wie in den Vorjahren variierten im Jahr 2010 die Anwesenheit bei den Sitzungen, der Aktionsgrad sowie die Eigeninitiative der Abgeordneten von Bezirk zu Bezirk stark. Die aktivsten rechtsextremen Abgeordneten sitzen weiterhin in den Bezirksverordnetenversammlungen von Lichtenberg und Treptow-Köpenick. Dort brachten sie nahezu in jeder Sitzung mehrere Anträge und Anfragen ein. In Marzahn-Hellersdorf und Neukölln hingegen belief sich die Arbeit der rechtsextremen Abgeordneten auf wenige Wortbeiträge und vereinzelte Anfragen und Anträge. Es gelang ihnen hier nur sporadisch, eigene Akzente zu setzen. Der Einzelabgeordnete der REP in Pankow, Michael Rauschenbach, war 2010 geringfügig aktiver als im Jahr zuvor. Während Rauschenbach 2009 lediglich einen einzigen Änderungsantrag einbrachte und meist nicht einmal anwesend war, formulierte er 2010 fünf kleine Anfragen zu verkehrs- und kulturpolitischen Themen. Nach wie vor ist die Arbeit der NPD in den Gremien durch eine Doppelstrategie gekennzeichnet. Auf der einen Seite richten sich Anträge und Anfragen mit klarem ideologischem Bezug an die eigene Klientel; die Anträge sollen politische Gegner/innen provozieren und zugleich über die mediale Berichterstattung Öffentlichkeit schaffen. So wird auf den Internetseiten der aktiveren Kreisverbände, allen voran Lichtenberg, die Arbeit der eigenen Mandatsträger/innen in den Bezirksverordnetenversammlungen akribisch dokumentiert. Auf der anderen Seite haben die scheinbar rein kommunalpolitisch ausgerichteten Anträge, die Themenfelder wie Umweltpolitik, Verkehr, Bildung oder Soziales betreffen, den Zweck, die Ablehnung durch die demokratischen Fraktionen zu unterlaufen und die NPD als Sprachrohr der Interessen der Bevölkerung in Szene zu setzen.

---

## RASSISMUS ALS BEZIRKS- ÜBERGREIFENDER SCHWERPUNKT

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen war auch im Jahr 2010 die rassistische Agitation gegen Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen und Muslime im Besonderen. So wurde etwa die von der Schweizer Volksabstimmung inspirierte und Ende 2009 bundesweit initiierte NPD-Kampagne »Danke Schweiz – Minarettverbot auch hier« mit Anträgen in den Bezirksverordnetenversammlungen von Neukölln, Treptow-Köpenick und Lichtenberg aufgegriffen. In den nahezu wortgleichen Antragsbegründungen behauptete die NPD, der Koran sehe keine Minarette vor und diese würden nur der Provokation von Menschen christlichen Glaubens dienen.

Ein Positionspapier des Bundesvorstands der NPD aus dem Jahr 2010 verdeutlicht, dass antimuslimische Agitation, wie sie in den letzten Jahren europaweit vor allem von rechtspopulistischen Akteur/innen betrieben wurde, auch der NPD dazu dienen soll, ihre altbekannten rassistischen Positionen zu verbreiten. Im kommenden Wahlkampf solle »genau die Ausländergruppe in den Fokus gerückt werden, die sich die meisten Inländer außer Landes wünschen«, um damit die »Forderung nach Ausländerrückführung zu popularisieren«.<sup>5</sup>

Die Ablehnung des vom Berliner Senat geplanten sogenannten Integrationsgesetzes, das die gesellschaftliche Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund fördern soll, schlug sich ebenfalls in überbezüglichen »Wanderanträgen« der NPD nieder. Die NPD sieht in dem Gesetz einen Verstoß gegen das Grundgesetz, da es die »Würde der Menschen« verletze, die auch für »Deutsche« gelte. Das Gesetz würde, so die Antragsbegründung der NPD, »integrationsunwillige Migrantinnen« bevorzugen und damit »Deutsche« diskriminieren.<sup>6</sup> In der BVV Lichtenberg wiederholte der NPD-Verordnete Jörg Hähnel seine bereits im Jahr 2008 getätigte Aussage, Integration sei nichts anderes als Völkermord. Hähnel gegenüber betonte ein demokratischer Verordneter die Notwendigkeit, dass sich die Diversität der Stadt auch in den Institutionen widerspiegeln müsse, um so gleiche Rechte und Teilhabe für alle zu ermöglichen.

---

## RECHTSEXTREME BESUCHER/INNEN

In der ersten Jahreshälfte 2010 traten rechtsextreme Zuschauer/innen in mehreren Bezirken offensiv auf. In Lichtenberg saßen – neben regelmäßigen Gästen aus den Reihen des örtlichen Kreisverbandes der NPD sowie der Berliner DVU – auch immer wieder »Autonome Nationalisten«<sup>7</sup> im Publikum, die zum Teil gezielt zu Anträgen der NPD erschienen und danach die Sitzung wieder verließen. In der April-Sitzung bedrohten rechtsextreme Besucher der BVV Lichtenberg zwei Verordnete der Partei »Die Linke« mit den Worten: »Wir kriegen euch alle«. Die NPD-Fraktion distanzierte sich halbherzig

- 4 Die »Republikaner« gelten einigen deutschen Verfassungsschutzbehörden seit geraumer Zeit nicht mehr als rechtsextrem. Sie selbst lassen keine Gelegenheit aus, sich als dem demokratischen Spektrum zugehörig darzustellen; die Führung der Bundespartei unter Rolf Schlierer grenzt sich konsequent von der NPD ab. Dennoch vertreten die REP teilweise auch rechtsextreme und rassistische Positionen ([www.bvv.vdk-berlin.de/bezirke/pankow](http://www.bvv.vdk-berlin.de/bezirke/pankow) – 09.12.2010).
- 5 Siehe »Niemals deutsches Land in Moslem-Hand. Inhaltliche und taktische Gründe für den Kampf gegen die Islamisierung«, Verlautbarung der NPD vom 07.01.2010 ([www.npd.de/html/1064/artikel/detail/1092/](http://www.npd.de/html/1064/artikel/detail/1092/) – 12.10.2010).
- 6 Vgl. beispielhaft die Begründung des Antrages der NPD Lichtenberg »Kein »Integrationsgesetz« – Berlin diskriminierungsfrei«, Drucksache (DS)/1718 in der Sitzung vom 27.05.2010.
- 7 »Autonome Nationalisten« sind partei-ungebundene und aktionsorientierte, vor allem gewaltbereite Rechtsextreme, deren Auftreten stark durch die Übernahme von Stilelementen aus linken sozialen Bewegungen und ursprünglich nicht-rechten Jugendkulturen wie dem HipHop und dem Hardcore geprägt ist. Vgl. auch Peters, Jürgen / Schulze, Christoph (Hrsg.): »Autonome Nationalisten«. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur, Münster 2009.

von dem Vorfall mit dem Ziel, sich selbst und ihrer Klientel einen seriösen Anstrich zu geben. Am gleichen Tag traten auch in der BVV Marzahn-Hellersdorf rechtsextreme Besucher/innen gegenüber anwesenden Bürger/innen provokativ und aggressiv auf.

Die Zusammenarbeit zwischen den rechtsextremen Mandatsträger/innen und partei-ungebundenen Rechtsextremen zeigt sich jedoch nicht nur in der Anwesenheit bei den Sitzungen der BVV. So kooperiert das sonst vielfach zerstrittene rechtsextreme Spektrum insbesondere bei dem Versuch, zivilgesellschaftliches und antifaschistisches Engagement zu diskreditieren. Im Vorfeld der August-Sitzung der BVV Treptow-Köpenick wurde durch einen interfraktionellen Antrag der demokratischen Parteien gefordert, das im Ortsteil Schöneweide ansässige rechtsextreme Lokal »Zum Henker«, aus dessen Umfeld mehrfach Einschüchterungen und Angriffe ausgegangen waren, zu schließen.<sup>8</sup> Daraufhin solidarisierte sich die hiesige NPD-Fraktion mit dem »Henker«. Sie rief zu einer »Mahnwache« ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) auf, die unter dem Motto »Zum Henker mit den Demokraten – Wahrheit statt Schließung« am Sitzungstag vor dem Rathaus Treptow stattfand. Die Kundgebung wurde von etwa 40 Personen der NPD, der verbotenen Kameradschaft »Frontbann 24« und »Autonomen Nationalisten« besucht.

## PARTEIINTERNE VERNETZUNG DER NPD

Neben der bundesweit bestehenden »Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD« traf sich im September 2010 auch eine »Kommunalpolitische Arbeitsgruppe« (KOPAG) der NPD, um in den Räumen der Lichtenberger NPD-Fraktion die gemeinsame Arbeit in den Gremien des Bezirks zu koordinieren. Ziel sei es, eine Verdoppelung der Ergebnisse der letzten Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen und zum Abgeordnetenhaus zu erreichen. Zudem werde die Arbeitsgruppe darauf hinarbeiten, dass die NPD in allen Bezirken, in denen sie schon jetzt vertreten ist, 2011 in Fraktionsstärke einzieht. Im Mittelpunkt des bevorstehenden Wahlkampfs sollen nach Udo Voigt die Aussagen Sarrazins stehen: »Wir werden in diesem Jahr ganz deutlich das vertreten, was Sarrazin gesagt hat, denn es geht um die kommunalpolitische und landespolitische Umsetzung seiner Thesen, und wir wollen nicht nur darüber reden, wir wollen handeln.«<sup>9</sup> Die NPD verspricht sich von der aktuellen »Integrationsdebatte« eine größere gesellschaftliche Akzeptanz ihrer eigenen völkischen Ideologie. Ihre Hoffnung ist, dass pauschalisierende und negative Aussagen über Migrant/innen, wie sie im Rahmen der Debatte auch von Sarrazin selbst vertreten werden, die Forderung der NPD nach »Ausländerrückführung« über kurz oder lang salonfähig machen könnten. Udo Voigt nutzte die mediale Resonanz und bot Sarrazin sogar plakativ einen Posten als »Ausländerrückführungsbeauftragter« der NPD an.<sup>10</sup> Wegen der Versendung von Hetzbriefen als selbsternannter »Ausländerrückführungsbeauftragter« an 22 Bezirks- und Landespolitiker/innen im Herbst 2009 musste sich der Lichtenberger NPD-Verordnete Hähnel am 02. Dezember 2010 zum wiederholten Male vor Gericht verantworten.

Ob sich die Aktivitäten der KOPAG in einer intensiveren kommunalpolitischen Arbeit der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen niederschlagen werden und ob sie darüber hinaus zu einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Berliner Wahlen führen, bleibt abzuwarten. Zumindest ist davon auszugehen, dass sich die NPD weiterhin dem Themenfeld »Überfremdung« widmen wird, um an die derzeit geführte gesellschaftliche Diskussion um Integration anzuknüpfen und komplexe soziale Problemlagen rassistisch aufzuladen.

- <sup>8</sup> Vgl. Register Treptow-Köpenick zur Erfassung rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierter Vorfälle ([www.register-tk.de/](http://www.register-tk.de/) – 15.11.2010).
- <sup>9</sup> Siehe »Tagung der kommunalpolitischen Arbeitsgruppe« ([www.npd-fraktion-lichtenberg.de/?p=2704/](http://www.npd-fraktion-lichtenberg.de/?p=2704/) – 15.11.2010).
- <sup>10</sup> Siehe »NPD-Vorsitzender Udo Voigt: Sarrazin macht uns salonfähig«, Frankfurter Rundschau vom 30.08.2010 ([www.fr-online.de/politik/sarrazin-macht-uns-salonfaehig/-/1472596/4599844/-/index.html](http://www.fr-online.de/politik/sarrazin-macht-uns-salonfaehig/-/1472596/4599844/-/index.html) – 12.10.2010).



---

## **ALLTAG, ABER KEINE NORMALITÄT — ZUM UMGANG MIT DEN RECHTSEXTREMEN VERORDNETEN**

Die Rechtsextremen sind in den Bezirksverordnetenversammlungen mit ihren Bemühungen um Normalisierung bislang gescheitert. Mit der Verstärkung ihrer Präsenz in den kommunalen Gremien seit 2006 hat die NPD zwar mittlerweile unter Beweis gestellt, dass sie mit dem parlamentarischen Alltag nicht grundlegend überfordert ist und ein Mindestmaß an Aktivitäten ständig aufrechterhalten kann. Aufseiten der demokratischen Verordneten etablierte sich jedoch ein souveräner Umgang in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, der dem Bestreben der NPD um Akzeptanz als »normale«, vermeintlich demokratische Partei kontinuierlich entgegenwirkt.

Die Demokrat/innen können sich dabei auf die Erfahrungen verlassen, die sie beim erfolgreichen Umgang mit der rechtsextremen NPD gewonnenen haben. Jedoch birgt die sich hierbei einstellende Routine die Gefahr der Gewöhnung, die wiederum dazu führen kann, in der konsequenten Umsetzung nachzulassen. So zeigt sich bereits die Tendenz, bei kommunalpolitischen, vordergründig nicht-ideologischen Anträgen und Anfragen der NPD auf die inhaltliche Auseinandersetzung zu verzichten und nur noch mit einer wortlosen Ablehnung mit den Stimmen aller Demokrat/innen zu

reagieren. Das erleichtert den Rechtsextremen, sich als Opfer der von ihnen sogenannten »Blockparteien« zu inszenieren und den gegen sie gerichteten demokratischen Konsens in NPD-eigenen Medien als Verstoß gegen die Meinungsfreiheit darzustellen. In gleicher Absicht griff die Lichtenberger NPD-Fraktion 2010 mehrfach gezielt Beschlüsse anderer Bezirksverordnetenversammlungen auf, die dort auf Initiative demokratischer Parteien zustande kamen und von einer Mehrheit der Demokrat/innen angenommen wurden. Die Ablehnung dieser nun durch die NPD in Lichtenberg gestellten Anträge versuchte sie als gegen die NPD gerichteten Reflex und damit als undemokratisches Vorgehen darzustellen.

Der bezirks- und parteiübergreifende Austausch unter Demokrat/innen sollte weiterhin stetig ausgebaut werden, um beispielsweise bezirksübergreifenden Initiativen der Rechtsextremen (»Wanderanträge«) abgestimmt begegnen zu können. Beim Antrag der NPD zum Minarettbauverbot fielen die demokratischen Entgegnungen dagegen unterschiedlich aus: Während der »Wanderantrag« der NPD in Treptow-Köpenick aufgrund rechtlicher Bedenken erst gar nicht zugelassen wurde, argumentierten in Neukölln und Lichtenberg demokratische Verordnete gegen den Antrag. Auch wenn die inhaltliche Entgegnung auf rechtsextreme Provokationen in jedem Bezirk individuell gestaltet werden kann und sollte, wären überbezirkliche Absprachen in Bezug auf juristische Fragen hingegen sinnvoll.

---

## **DEMOKRATISCHE ANTWORTEN AUF RECHTSEXTREME VORGEHENSWEISEN**

Wie schon in den Vorjahren wurde auch 2010 im Kern am Berliner Konsens<sup>11</sup> festgehalten; die Normalisierungsbemühungen der NPD wurden dadurch vereitelt. Verordnete demokratischer Parteien positionierten sich regelmäßig und inhaltlich gegenüber rechtsextremen Initiativen in den Bezirksverordnetenversammlungen. Anträge der Rechtsextremen wurden von den Demokrat/innen stets im Konsens abgelehnt. Auch im Alltagsverhalten zeigten die meisten demokratischen Kommunalpolitiker/innen den Rechtsextremen stets »die kalte Schulter« und bekräftigten somit ihre Abgrenzung. Dabei hat sich das Prinzip des Berliner Konsenses weiter bewährt, dass sich die demokratischen Parteien bei der Erwiderng rechtsextremer Vorstöße abwechseln und es in der Regel bei jeweils nur einer einzigen, bündigen Entgegnung belassen. So gelang es den Demokrat/innen meist, die rechtsextremen Bestrebungen einerseits argumentativ und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zurückzuweisen und andererseits zu verhindern, dass die rechtsextremen Verordneten die Agenda der kommunalen Gremien bestimmen.

Zwei Beispiele aus der Vielzahl von Aktivitäten in Berlin sollen stellvertretend für demokratische Handlungsmöglichkeiten stehen: Zu Beginn der Sitzung der BVV Treptow-Köpenick am 26. August 2010 instrumentalisierte der Betreiber des örtlichen rechtsextremen Szenetreffs »Zum Henker« die »Bürgerfragestunde«, um sein Lokal samt Kundschaft als Opfer einer undemokratischen und intoleranten Stimmungsmache darzustellen. Ein demokratischer Bezirksverordneter hielt dem Fragesteller daraufhin eine detaillierte Liste von Übergriffen und Einschüchterungsversuchen vor, die vom Umfeld des »Henkers« ausgegangen waren, und demonstrierte so die Selbstinszenierung des rechtsextremen Wirts. Auch den Unterstützer/innen des »Henkers« blieb es verwehrt, die Sitzung von den Zuschauerplätzen aus zu ihrer Bühne zu machen – die Besucherplätze waren frühzeitig von Bürger/innen, die sich gegen den rechtsextremen Treffpunkt engagieren, belegt worden. Zudem solidarisierten sich viele anwesende Gäste mit dem interfraktionellen Antrag zur Schließung der Kneipe durch ein plötzlich aufkommendes Husten während der Rede des Henker-Wirts, für das auch die Bezirksbürgermeisterin Verständnis zeigte: »Aus meinen in grauen Vorzeiten erworbenen medizinischen Kenntnissen weiß ich, dass es Situationen gibt, wo man so einen Hals kriegt, dass man Reize nicht mehr zurückhalten kann.«<sup>12</sup>

Bereits Ende des Jahres 2009 stellte die NPD-Fraktion in Lichtenberg einen Antrag zur Abwahl der Lichtenberger Bezirksbürgermeisterin wegen ihres Engagements gegen Rechtsextremismus. Die demokratischen Verordneten stellten sich daraufhin nicht nur in Redebeiträgen geschlossen hinter die Bezirksbürgermeisterin, sie brachten ihre Ablehnung der NPD auch zusammen mit Bürger/innen hinter einem Transparent im Zuschauerbereich zum Ausdruck. Neben den Verordneten sprach auch der Berliner Vorsitzende der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist/innen« (VVN-BdA). Die Beispiele demonstrieren, dass sich die Kommunalpolitik trotz bestehender (partei-)politischer Differenzen in der Ablehnung rechtsextremer Bestrebungen einig ist – mit Unterstützung der Zivilgesellschaft. Dies eröffnet weitgehende Handlungsmöglichkeiten.



Rechtsextreme beobachten per Bildschirmübertragung das Geschehen während der Bürgerfragestunde der BVV Treptow-Köpenick am 26.08.2010. Der Betreiber des rechtsextremen Szenetreffs »Zum Henker« hatte die BVV-Sitzung für eine Bürgeranfrage genutzt. Unterdessen fand vor dem Rathaus Treptow, in dem die BVV Treptow-Köpenick tagt, eine rechtsextreme Kundgebung der Jungen Nationaldemokraten (JN) statt.

- 11 Siehe Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.): Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, Berlin 2008, S.29f. ([www.mbr-berlin.de/BVV/Publikationen/512.html](http://www.mbr-berlin.de/BVV/Publikationen/512.html)).
- 12 Siehe »Bürger husteten den Rechten was«, ND vom 28.08.2010 ([www.neues-deutschland.de/artikel/178420.buergerhusteten-den-rechten-was.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/178420.buergerhusteten-den-rechten-was.html) – 14.11.2010).



---

# NEUE HERAUS- FORDERUNGEN DURCH RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

## PRO BERLIN

Pro Berlin ist der Landesverband der rechtspopulistischen Organisation Pro Deutschland, die sich selbst als »Bürgerbewegung« bezeichnet, aber in ihrem Charakter und rechtlichen Status einer Partei entspricht. Die Gründung des Berliner Landesverbandes erfolgte durch Funktionäre von Pro Deutschland im Juni 2010 mit Blick auf die Abgeordnetenhaus- und Kommunalwahlen im kommenden Jahr. Pro Berlin will das vergleichsweise erfolgreiche Modell von Pro Köln aus Nordrhein-Westfalen nach Berlin exportieren.

Wichtigste Themen von Pro<sup>13</sup> sind die Zuwanderung und die vermeintliche »Islamisierung« in Deutschland. Pro lässt sich als Vertreter eines antimuslimischen Rassismus kennzeichnen, der mit negativen und pauschalen kulturellen Zuschreibungen an »den Islam« und »die Muslime« operiert. Wesentlich für die Agitation von Pro ist die Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Problemlagen. Auch die Agitation gegen »die da oben« – gegen Korruption, Filz und Klüngel-Wirtschaft der »Bonzen« und »Alt-Parteien« – gehört in ihr rechtspopulistisches Repertoire. Autoritäre sicherheits-

politische Vorschläge in den Bereichen Kriminalität und Terrorismus einerseits und andererseits das Einfordern der eigenen Meinungsfreiheit – etwa anlässlich von zivilgesellschaftlichem Protest bei Pro-Veranstaltungen – sowie die Inszenierung als »die wahren Demokraten« machen das rechtspopulistische Themenspektrum von Pro bereits komplett.

### **RHETORISCHE ABGRENZUNG GEGENÜBER RECHTSEXTREMEN ALS RECHTSPOPULISTISCHE STRATEGIE**

Eine Herausforderung für die Demokrat/innen im Umgang mit dem Rechtspopulismus liegt darin, sich ihm gegenüber inhaltlich abzugrenzen, ohne Rechtspopulist/innen pauschal als »Nazis« zu titulieren. Im Unterschied zur offen rechtsextremen NPD bekennt sich Pro nämlich, genau wie andere rechtspopulistische Parteien, demonstrativ zu Demokratie und Grundgesetz. So grenzt sich Pro aus strategischem Kalkül deutlich gegenüber rechtsextremer Ideologie ab und bemüht sich um eine organisatorische wie personelle Distanz zu diesem Spektrum. Bedingung für die Mitgliedschaft ist nach Angaben von Pro beispielsweise, eine Treueerklärung zum Grundgesetz zu unterschreiben.

Auch wenn die Biographien zentraler Führungspersonen von Pro ein politisches Vorleben in rechtsextremen Organisationen aufweisen, zeigt eine Analyse rechtspopulistischer Politikstile und Inhalte wesentliche Unterschiede zu rechtsextremen Ideologieelementen. Aufseiten der NPD und anderer Rechtsextremer finden sich oft ein national-revolutionärer, systemfeindlicher Habitus, ein eindeutig positiver Bezug auf den historischen Nationalsozialismus sowie ein völkisches Verständnis von Nation und Staat – Ideologieelemente, die eine Abgrenzung seitens der Demokrat/innen vergleichsweise einfach machen. Die Auseinandersetzung mit rassistischen Positionen bei Pro verlangt dagegen nach einem genaueren Blick als beispielsweise bei der NPD.

### **ALS VERTIEFENDE LEKTÜRE EMPFEHLEN WIR FOLGENDE PUBLIKATIONEN:**

Überall, Frank: »Ich bin die Strafe ...« Rechtspopulismus der »Pro-Bewegung« am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat, Köln 2010

—

Häusler, Alexander: Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Struktur und politische Methodik von Pro NRW und Pro Deutschland, Düsseldorf 2010

—

Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008

## **DIE FREIHEIT**

Neben Pro Berlin möchte sich mit der Partei »Die Freiheit. Partei für mehr Freiheit und Demokratie« eine weitere rechtspopulistische Organisation 2011 in Berlin zur Wahl stellen. Zentrale Figur ist der Pankower Politiker René Stadtkewitz, der erstmals 2006 beim Konflikt um einen Moscheebau in Pankow-Heinersdorf durch antimuslimische Äußerungen auffiel und nun Bundesvorsitzender der neuen Partei wurde. Nachdem Stadtkewitz bereits im Oktober 2009 aus der CDU ausgetreten war, trennte sich die christdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus im September 2010 von ihm. Der CDU-

**13** »Pro« ist in dieser Publikation der Sammelbegriff für die Organisationen Pro Köln, Pro NRW, Pro Deutschland und Pro Berlin.

Abtrünnige hatte den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders zu einer Veranstaltung eingeladen und eine Absage trotz Aufforderung der Berliner Union abgelehnt. Federführend beteiligt an der Initiative zur Gründung von Die Freiheit waren auch der Privatschullehrer und ehemalige CDU-Sicherheitsexperte Marc Doll und der Journalist und Medienunternehmer Stefan »Aaron« Koenig, der bis Mai 2010 Vorstandsmitglied der Piratenpartei war und dort mit seiner Forderung nach einem »gezielten Präventivschlag« gegen den Iran in die Kritik geriet. Koenig distanzierte sich vorübergehend von Die Freiheit, nachdem seine liberalen Forderungen nicht ins Parteiprogramm aufgenommen worden waren und sich ein, so Koenig, »völkisch-konservativer ›Vater-Staat‹-Block«<sup>14</sup> innerhalb der Parteigründungsinitiative durchgesetzt habe. Nach inhaltlichen Zugeständnissen näherte sich Koenig der Partei wieder an. Auch wenn in der neuen Partei um die Vorherrschaft gestritten wird, lassen der Programmentwurf und die Äußerungen der führenden Vertreter dennoch Schlüsse auf die zukünftigen politischen Inhalte zu.

## INHALTLICHE SUCHBEWEGUNGEN

In den programmatischen Einlassungen dominieren antimuslimische Ressentiments, autoritäre »Law and Order«-Positionen bei gleichzeitiger Abwehr des »Überwachungsstaates« sowie die Forderung nach einem an Leistung orientierten Umbau sozialmarktwirtschaftlicher Standards, während marktradikale und anti-staatliche Ansätze in den Hintergrund rücken. Allzu simple Verallgemeinerungen und Negativzuschreibungen gegenüber dem Islam versucht Die Freiheit zu vermeiden. Moderate Muslime, welche die hiesigen gesellschaftlichen Normen anerkennen, seien durchaus willkommen. Derlei Differenzierungsbemühungen werden von Stadtkewitz, Doll und anderen jedoch wieder unterlaufen, indem »der Islam« als alleinige Ursache von Kriminalität, mangelnden Integrationserfolgen, »Problembezirken« und »Ghettoisierung« stigmatisiert wird. Die Argumentation zielt wie bei Pro auf die Ethnisierung und Kulturalisierung gesellschaftlicher Problemlagen. Muslimische Menschen werden nicht als Individuen und (deutsche) Staatsbürger/innen dargestellt, sondern als »Agenten« einer bedrohlichen Unterwanderung aus muslimisch geprägten Staaten. Dass die vermeintlich durch »den Islam« oder »die Muslime« verursachten Probleme auch in Fehlleistungen der Politik in der Vergangenheit begründet sein könnten, wird etwa von Stadtkewitz geleugnet: »Wenn z.B. beim Thema Integrationspolitik immer wieder gefordert wird, die sogenannte Mehrheitsgesellschaft muss sich bewegen, ist dies genau falsch herum.«<sup>15</sup> Auch im Bereich der Sicherheitspolitik findet sich eine Tendenz, gesellschaftliche Ursachen von Kriminalität auszublenden und Kriminalität monokausal auf »den Islam« zurückzuführen. Entsprechend werden beispielsweise die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft und mehr Polizei gefordert. Obwohl dabei teilweise rechtsstaatliche Grundsätze aufgegeben werden, finden sich im neuen Programm auch Forderungen nach direkter Demokratie und mehr Mitbestimmung. Solche Forderungen sind jedoch nicht unabhängig von den rassistischen und nationalistischen Inhalten an anderer Stelle zu betrachten. Die von Ressentiments getragenen Haltungen zur Einwanderungs- und Integrationspolitik sowie zur Sicherheits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik berühren und ergänzen sich.

**14** »Zum Grundsatzprogramm der FREIHEIT«, Beitrag auf dem Weblog »Politicoool. Politik im 21. Jahrhundert« vom 30.10.2010 ([aaron-koenig.blogspot.com/2010/10/zum-grundsatzprogramm-der-freiheit.html](http://aaron-koenig.blogspot.com/2010/10/zum-grundsatzprogramm-der-freiheit.html)–30.10.2010). Im Grundsatzprogramm von Die Freiheit wurde zunächst unter der Überschrift »Volk und Nation« der Begriff der »Volksgemeinschaft« mit positivem Bezug verwendet.

**15** René Stadtkewitz im Gespräch mit »Citizen Times«, Interview vom 10.09.2010 ([www.diefreiheit.org/die-gruender-der-freiheit-im-interview/](http://www.diefreiheit.org/die-gruender-der-freiheit-im-interview/) – 19.10.2010).



---

## **DIE WAHLEN 2011 — EINSCHÄTZUNGEN UND PERSPEKTIVEN**

Das Spektrum am politisch rechten Rand hat sich in Berlin ausdifferenziert. Das hat Konsequenzen für den Verlauf politischer Diskurse in der Berliner Öffentlichkeit und wird unmittelbar die kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September 2011 beeinflussen.

---

### **DIE NPD**

Die NPD, die seit 2006 mit Verordneten in vier Bezirksverordnetenversammlungen vertreten ist, will diesen Erfolg wiederholen. Die rechtsextreme Partei wird sich auch im Wahlkampf 2011 auf diejenigen Bezirke konzentrieren, in denen sie bereits 2006 Erfolge erzielen konnte. Insbesondere die beiden Fraktionen in der BVV Lichtenberg und der BVV Treptow-Köpenick werden im kommenden Wahlkampf erneut ihre Kräfte bündeln und sich mit eigens für die Fraktionen erstelltem Werbematerial und regelmäßig aktualisierten Internetseiten an potenzielle Wähler/innen wenden. Ein Flyer (Lich-

tenberg) und eine Broschüre (Treptow-Köpenick) wurden bereits entwickelt. Trotz der ausbleibenden politischen Erfolge der NPD in den vergangenen Jahren ist ein Wiedereinzug in die Bezirksverordnetenversammlungen nicht unwahrscheinlich. Beispiele aus anderen Kommunen in der Bundesrepublik zeigen, dass es für eine Wiederwahl oft kaum von Belang ist, ob die rechtsextremen Vertreter/innen besonders aktiv und rhetorisch versiert sind oder eher durch Unfähigkeit, Inaktivität und Abwesenheit auffallen. Entscheidend wird vielmehr sein, inwieweit es der NPD gelingt, ihr vorhandenes Stammwähler/innen-Potenzial zu mobilisieren. Infolge der personellen Schwäche und der mangelnden kommunalen Verankerung in Berlin könnte sich die Partei dafür entscheiden, Ressourcen zu schonen und den Schwerpunkt ihres Kommunalwahlkampfes auf ihre Stammbezirke im Ostteil der Stadt und auf Neukölln zu legen. Auch die geplante Fusion mit der in Berlin nahezu bedeutungslosen Deutschen Volksunion (DVU) auf Bundesebene verspricht keine neuen Impulse für die NPD.

---

## PRO BERLIN

Seit Sommer 2010 baut die Pro-Organisation ihre Strukturen in Berlin auf. Nach der Eröffnung eines Hauptstadtbüros in Marzahn-Hellersdorf kündigte der Bundesvorsitzende von Pro Deutschland an, man werde in allen zwölf Bezirken Kreisverbände aufbauen, um »den wahlberechtigten Bürgern einen ortsnahen Ansprechpartner zu geben«.<sup>16</sup> Allerdings ist zu bezweifeln, ob Pro Berlin darüber hinaus überhaupt die nötigen personellen wie finanziellen Ressourcen für einen flächendeckenden Wahlkampf mobilisieren kann. Möglicherweise wird sich Pro Berlin bei den Wahlen auf Bezirke im Westteil der Stadt konzentrieren. Gerade bei Pro scheinen populistische Agitation und Realität weit auseinanderzuklaffen: Zwar unterstützen nach eigenen Angaben tausende Bürger/innen in Berlin eine Petition der selbsternannten »Bürgerbewegung« gegen den EU-Beitritt der Türkei, doch finden sich zu den Auftritten in Berlin meist nur wenige Anhänger/innen zusammen. Angesichts von Vereinbarungen zwischen hochrangigen Vertretern der REP und Pro in Nordrhein-Westfalen scheint auch eine Kooperation zwischen beiden Lagern auf Berliner Landesebene wahrscheinlich. Die Partei Die Republikaner (REP), die noch 2006 ein Mandat in der BVV Pankow erringen konnte, ist angesichts der wachsenden Konkurrenz nahezu chancenlos und fristet auch in Berlin derzeit ein Schattendasein.

---

## DIE FREIHEIT

Im Vergleich zur NPD und zu Pro Berlin sind die Aussichten für Die Freiheit auf den ersten Blick besser. So liegt das hypothetische Wähler/innen-Potenzial einer »bürgerlich-konservativen Partei rechts der CDU« laut einer aktuellen Umfrage des Emnid-Instituts bei 20%. Als im Oktober 2010 Geert Wilders, eine der derzeit schillerndsten Figuren im europäischen Rechtspopulismus, in Berlin bei einer Veranstaltung der Parteiinitiative sprach, kamen hunderte Zuschauer/innen.

Auch der genauere Vergleich zwischen den beiden rechtspopulistischen Parteien macht deutlich, dass Die Freiheit voraussichtlich das erfolgversprechendere Projekt ist. Ihre Protagonist/innen verkörpern glaubwürdig ein bürgerliches Image. Zudem ist zu erwarten, dass Die Freiheit leichter kompetentes Personal für eine Mitarbeit gewinnen kann als ihre rechtspopulistischen und rechtsextremen Konkurrenten. Denn während Pro vergleichsweise direkt Rassismen artikuliert, changiert Die Freiheit geschickt zwischen rechtskonservativen Grundhaltungen und der Forderung nach direkter Demokratie, die beide gleichermaßen mit antimuslimischen Ressentiments verknüpft werden. Die Freiheit bemüht sich darüber hinaus um eine breite inhaltliche Basis und eine thematische Vielfalt, um nahezu alle Politikfelder bedienen zu können. Bei der kommenden Wahl hängt der Erfolg der

rechtspopulistischen Partei auch davon ab, ob immanente inhaltliche Widersprüche überwunden werden können und Stadtkewitz eine stabile personelle Basis unter sich versammeln kann. Nicht zuletzt wird die mediale und öffentliche Präsenz der Partei vor den Wahlen 2011 darüber entscheiden, ob sich Die Freiheit gegenüber Pro Berlin durchsetzen kann.

---

## FAZIT UND AUSBLICK

Die NPD fürchtet schon – ohne Namen zu nennen – »die Konstruktion einer populistischen »Rechtspartei«.<sup>17</sup> Kooperationen oder Wahlvereinbarungen zwischen NPD, Pro und Die Freiheit sind unwahrscheinlich. Gerade die rechtspopulistischen Parteien betonen ständig ihre Verfassungstreue und grenzen sich vehement vom Rechtsextremismus ab. Die NPD distanziert sich ihrerseits von Pro und Die Freiheit und versucht, sich als rassistisches »Original«<sup>18</sup> zu profilieren.

Die Erfolgchancen von Pro und Die Freiheit hängen maßgeblich von zwei Faktoren ab. Zum einen verfügt bisher keine der beiden Parteien über eine charismatische Führungsfigur, die aber, wie der europäische Vergleich zeigt, für diesen Parteityp offenbar unerlässlich ist. Zum anderen werden sie nur Erfolg haben, wenn sie die Debatten um Integration und den Islam besser als bislang für sich ausnutzen können. Gerade für die oft als Ein-Punkt-Parteien wahrgenommenen Organisationen Pro und Die Freiheit steht und fällt der Erfolg mit der Präsenz eines antimuslimischen und rassistischen Diskurses in der »Mitte der Gesellschaft«.

Genau hier, in den Meinungsbildungsprozessen der Bevölkerungsmehrheit, stehen die demokratischen Parteien vor neuen Herausforderungen: Sie sind gefragt, die Debatten um den Islam und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund mit eigenen, an Teilhabe und Menschenrechten orientierten Inhalten zu bestimmen. Dabei ist insbesondere klarzumachen, wo die Grenze zwischen dem antimuslimischen Ressentiment und einer Religionskritik in aufklärerischer Absicht verläuft. Vorgeblich demokratische Rechtspopulist/innen, die z. B. mit ihrer Forderung nach Volksentscheiden Mittel der demokratischen Mitbestimmung für die Agitation gegen Einwanderung instrumentalisieren, stellen Demokrat/innen vor neue Aufgaben. Insbesondere das Argumentieren gegen antimuslimische Ressentiments wird im kommenden Berliner Wahlkampf eine der politischen Herausforderungen sein.

<sup>16</sup> Siehe »Kommunale Verankerung«, Verlautbarung von Pro Deutschland vom 28.10.2010 ([www.pro-deutschland.net/index.php?option=com\\_content&view=article&id=350:kommunale-verankerung&catid=14&Itemid=2](http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=350:kommunale-verankerung&catid=14&Itemid=2) – 29.10.2010).

<sup>17</sup> Siehe »Parteienbastler an der Arbeit«, Verlautbarung der NPD vom 30.09.2010 ([www.npd-berlin.de/?p=494](http://www.npd-berlin.de/?p=494) – 29.10.2010).

<sup>18</sup> Siehe den Beitrag des NPD-Verordneten Jan Sturm vom 01.11.2010 ([www.npd-berlin-neukoelln.de/?p=875](http://www.npd-berlin-neukoelln.de/?p=875) – 22.11.2010).

## GLOSSAR

### **NPD-FRAKTION LICHTENBERG WAHLERGEBNIS 2006: 5.935 STIMMEN / 5,9 %**

**MANUELA TÖNHARDT** Die Fraktionsvorsitzende Manuela Tönhardt bringt regelmäßig sowohl sachorientierte kommunalpolitische als auch provozierende ideologische Anträge mit eindeutigen rechtsextremen Inhalten ein. Sie ist für die Berichterstattung auf der Homepage der Fraktion verantwortlich und sorgt zudem dafür, dass Themen aus der BVV auch in Flugblatttexte und Artikel der NPD-Printmedien eingehen. Neben ihrer Aktivität im Kreisverband ist Tönhardt auch regelmäßig auf berlinweiten Veranstaltungen des rechtsextremen Spektrums anzutreffen.

**TORSTEN MEYER** Der Landesvorsitzende der DVU Torsten Meyer ist in erster Linie für die rein kommunalpolitischen Anträge zuständig. Gelegentlich enthält er sich in Abstimmungen und weicht damit vom Abstimmungsverhalten seiner NPD-Fraktionskolleg/innen ab, was aber toleriert zu werden scheint. Oft vertritt er Hähnel in Ausschüssen. Derzeit wendet sich Meyer zusammen mit weiteren Landesverbänden der DVU vehement gegen die Fusionspläne mit der NPD.

**JÖRG HÄHNEL** Das Mitglied im Bundesvorstand der NPD ist in der Bezirksverordnetenversammlung auf die Rolle des rechtsextremen Provokateurs abonniert, was ihm bereits mehrere Anzeigen einbrachte. Im Januar 2008 hatte Hähnel während einer Sitzung die Ermordung von Rosa Luxemburg gutgeheißen, woraufhin er wegen »öffentlicher Billigung von Straftaten« verurteilt wurde. Der Aktivist der inzwischen verbotenen »Heimatreuen deutschen Jugend« (HDJ) ist ebenso wie seine Fraktionsvorsitzende berlinweit aktiv.

### **NPD-VERORDNETE MARZAHN-HELLERSDORF WAHLERGEBNIS 2006: 6.384 STIMMEN / 6,4 %**

**KARL-HEINZ BURKHARDT** Der 2006 auf der Liste der NPD in die BVV gewählte Rentner ist DVU-Mitglied und 2010 wie auch schon 2009 kommunalpolitisch völlig passiv geblieben. Er stimmte mehrfach anders ab als Matthias Wichmann.

**WOLFGANG-DIETER CHIEDUCH** Chieduch nahm seit Herbst 2007 an keiner BVV-Sitzung mehr teil, legte sein Mandat jedoch nicht nieder. Im August 2008 verließ er aufgrund interner Streitigkeiten die NPD sowie die Fraktion, die daraufhin ihren Fraktionsstatus einbüßte.

**MATTHIAS WICHMANN** Der langjährige NPD-Aktivist stellt hin und wieder Anträge, häufiger aber Anfragen, die meist einen eindeutigen ideologischen Bezug aufweisen. Da Wich-

mann ein schlechter Redner ist, bestreitet er nur selten Wortbeiträge. Wichmann nahm unter anderem im September 2010 an einem Treffen des völkischen »Tanzkreises Spree-Athen e.V.« in einer Gartenanlage in Berlin-Pankow teil (Vgl. Baumgärtner, Maik: Völkisches Tanztreffen — [www.blog.schattenbericht.de/2010/09/volkisches-tanztreffen](http://www.blog.schattenbericht.de/2010/09/volkisches-tanztreffen) – 15.11.2010); er ist sonst jedoch nur selten auf Veranstaltungen des rechtsextremen Spektrums anzutreffen.

### **NPD-VERORDNETE NEUKÖLLN WAHLERGEBNIS 2006: 4.191 STIMMEN / 3,9 %**

**JAN STURM** Das NPD-Landesvorstandsmitglied ist bei BVV-Sitzungen regelmäßig anwesend. Sturm meldet sich in Debatten trotz mangelnder rhetorischer Fähigkeiten hin und wieder spontan zu Wort, wobei seine Wortbeiträge und Zwischenrufe meist rassistisch gefärbt sind. Er besucht außerhalb der BVV häufig auch andere Veranstaltungen, so nahm er z. B. an der Gründung des Neuköllner Kreisverbandes von Pro Deutschland im Oktober als Beobachter teil.

**THOMAS VIERK** Im Herbst 2009 trat Vierk, wahrscheinlich aufgrund interner Streitigkeiten, aus der NPD aus. Er behielt aber sein Mandat und positioniert sich inhaltlich weiterhin an der Seite Sturms. Allerdings nahm der nun parteilose Verordnete 2010 nicht mehr regelmäßig an BVV-Sitzungen teil.

### **REP-VERORDNETER PANKOW WAHLERGEBNIS 2006: 4.884 STIMMEN / 3,1 %**

**MICHAEL RAUSCHENBACH** Der Einzelverordnete der »Republikaner« fehlt häufig bei Sitzungen und beschränkt sich nur auf sporadische Anfragen. Diese beziehen sich entweder auf kommunalpolitische Belange oder versuchen, seine Partei vor dem Vorwurf des Rechtsextremismus in Schutz zu nehmen. Auf der Internetseite der Pankower Republikaner (REP) wurden allerdings in der Vergangenheit immer wieder homophobe, rassistische und geschichtsrevisionistische Inhalte eingestellt, die zum Teil bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zugänglich sind. (Siehe [www.rep-pankow.de/Linksblick.html](http://www.rep-pankow.de/Linksblick.html) – 22.11.2010)

### **NPD-FRAKTION TREPTOW-KÖPENICK WAHLERGEBNIS 2006: 5.990 STIMMEN / 5,3 %**

**FRITZ LIEBENOW** Die Debattenbeiträge des Fraktionsmitglieds Fritz Liebenow (parteilos) offenbaren regelmäßig inhaltliche und rhetorische Unzulänglichkeiten. Er bezeichnet sich selbst als Monarchisten und ist mit dem Vorwurf der Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR konfrontiert.

**MANDY SCHMIDT** Um ein unauffälliges Auftreten bemüht sich Mandy Schmidt (NPD), die im Juni 2009 die Nachfolge Eckart Bräunigers (NPD) antrat. Dieser hatte nach NPD-internen Streitigkeiten sein Amt niedergelegt. Bislang in den Sitzungen inaktiv, kündigte Schmidt nach dem interfraktionellen Antrag zur Schließung der rechtsextremen Kneipe »Zum Henker« an, ihre bisherige Zurückhaltung zu beenden.

**UDO VOIGT** Der Bundes- und Fraktionsvorsitzende Udo Voigt verfügt über langjährige Erfahrungen und Fähigkeiten als politischer Funktionär. Er bemüht sich um ein staatsmännisch-souveränes Auftreten. Auf ihm lastet die Verantwortung, für ein engagiertes Bild der NPD in der BVV zu sorgen – auf eine substantielle Unterstützung seiner Kolleg/innen kann er dabei nicht zählen.

## **NEUE FORTBILDUNGSANGEBOTE ZU RECHTSPOPULISMUS UND ANTIMUSLIMISCHEM RASSISMUS IN KOOPERATION MIT DER MBR**

**ARGUMENTATIONS- UND GESPRÄCHSTECHNIKEN** Rechte Sprüche und antimuslimischer Rassismus lösen oft Unsicherheit über die »richtige« Reaktion aus. In Debatten um Integration und das Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Berlin wird zunehmend die Religion zum zentralen Bestimmungsmerkmal der »fremden Kultur«: Aus Migrant/innen sind Muslim/innen geworden. Um diese Argumentationen differenziert kritisieren zu können, werden in der Fortbildung die Funktionen gängiger Parolen aufgezeigt und Gegenargumente erarbeitet. Die Fortbildung soll Handwerkszeug zum angemessenen Umgang vermitteln und die Sicherheit der Teilnehmenden in der verbalen Auseinandersetzung stärken.

**RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN** Mit dem Wahantritt der sogenannten Bürgerbewegung Pro Deutschland und der Partei Die Freiheit bei den Berliner Wahlen 2011 ergeben sich für demokratische Parteien und zivilgesellschaftliche Akteure neue Herausforderungen. Welche Politikfelder besetzen rechtspopulistische Organisationen? Lassen sich Handlungsstrategien aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf den Umgang mit rechtspopulistischen Organisationen und Parteien übertragen? Was sollte im Mittelpunkt einer gesellschaftlichen Ächtung rechtspopulistischer und antimuslimischer Ressentiments stehen? Hier setzt die Fortbildung an und möchte die Teilnehmenden für rechtspopulistische Politikstile und Ideologien sensibilisieren. — Im Mittelpunkt stehen die Praxis sowie die Erfahrungen der Teilnehmenden, auf deren Grundlage Handlungsansätze erarbeitet werden. Zahl der Teilnehmenden und konkrete Ausrichtung können vorab abgesprochen werden. Weitere Informationen erhalten Sie unter [WWW.MBR-BERLIN.DE](http://WWW.MBR-BERLIN.DE) und [WWW.BVV.VDK-BERLIN.DE](http://WWW.BVV.VDK-BERLIN.DE).

## **DAS PROJEKT**

**DAS PROJEKT »AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS IN KOMMUNALEN GREMIEN BERLINS«** ... dokumentiert die Aktivitäten der Rechtsextremen in den kommunalen Gremien und analysiert ihre Vorgehensweisen, — beschreibt die Handlungsweisen der demokratischen Verordneten im Umgang mit den rechtsextremen Strategien in kommunalen Gremien, — beobachtet die Auswirkungen rechtsextremer Präsenz in den Bezirksverordnetenversammlungen auf das Gemeinwesen und — analysiert Inhalte, Strategien und Potenziale neuer Parteien aus dem rechtspopulistischen Spektrum.

### **ZIEL DES PROJEKTS IST ES ...**

- kommunale Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu unterstützen,
- auf der Basis des Erfahrungswissens der demokratischen Verordneten prozessbezogen und praxisorientiert Handlungsstrategien weiterzuentwickeln sowie
- zu einer kontinuierlichen Entwicklung von Präventions- und Interventionsmöglichkeiten im Umgang mit Rechtsextremismus beizutragen und demokratische Handlungsräume zu verteidigen.

Das Projekt bietet demokratischen Verordneten und ihren Fraktionen fachliche Unterstützung an. Gerne nehmen Vertreter/innen des Projekts an parteipolitischen Austauschrunden und Informationsveranstaltungen teil. Darüber hinaus werden auf der Grundlage von Dokumentationen und fachlichen Analysen Workshop-Module sowie Publikationen erarbeitet.

**INFORMATIONEN IM INTERNET** Weitere Hintergrundinformationen, Analysen und Berichte bietet die Homepage des Projekts unter: [WWW.BVV.VDK-BERLIN.DE](http://WWW.BVV.VDK-BERLIN.DE).



**vdk**

Das Projekt »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse« ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und kooperiert eng mit der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin« (MBR).



Es wird gefördert durch den Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration im Rahmen des »Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus«.



Der »Berliner Ratschlag für Demokratie« ist ein breit angelegtes Bündnis der bürgerlichen, zivilen Gesellschaft und möchte mit der Kampagne »Mein Markenzeichen: RESPEKT« ein Zeichen setzen für Vielfalt und Respekt. Die Initiative wird gefördert durch den Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration.

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen  
Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse  
Chausseestraße 29 / 10115 Berlin  
T 030. 275 950 27 / F 030. 240 453 19  
M [doku-und-analyse@vdk-berlin.de](mailto:doku-und-analyse@vdk-berlin.de) / [www.bvv.vdk-berlin.de](http://www.bvv.vdk-berlin.de)